

GRÜNE

Zugestellt durch Post.at

AUSGABE Sommer 2018

BÜRGER/INNEN-INFORMATION DER GRÜNEN AUGUST 2018



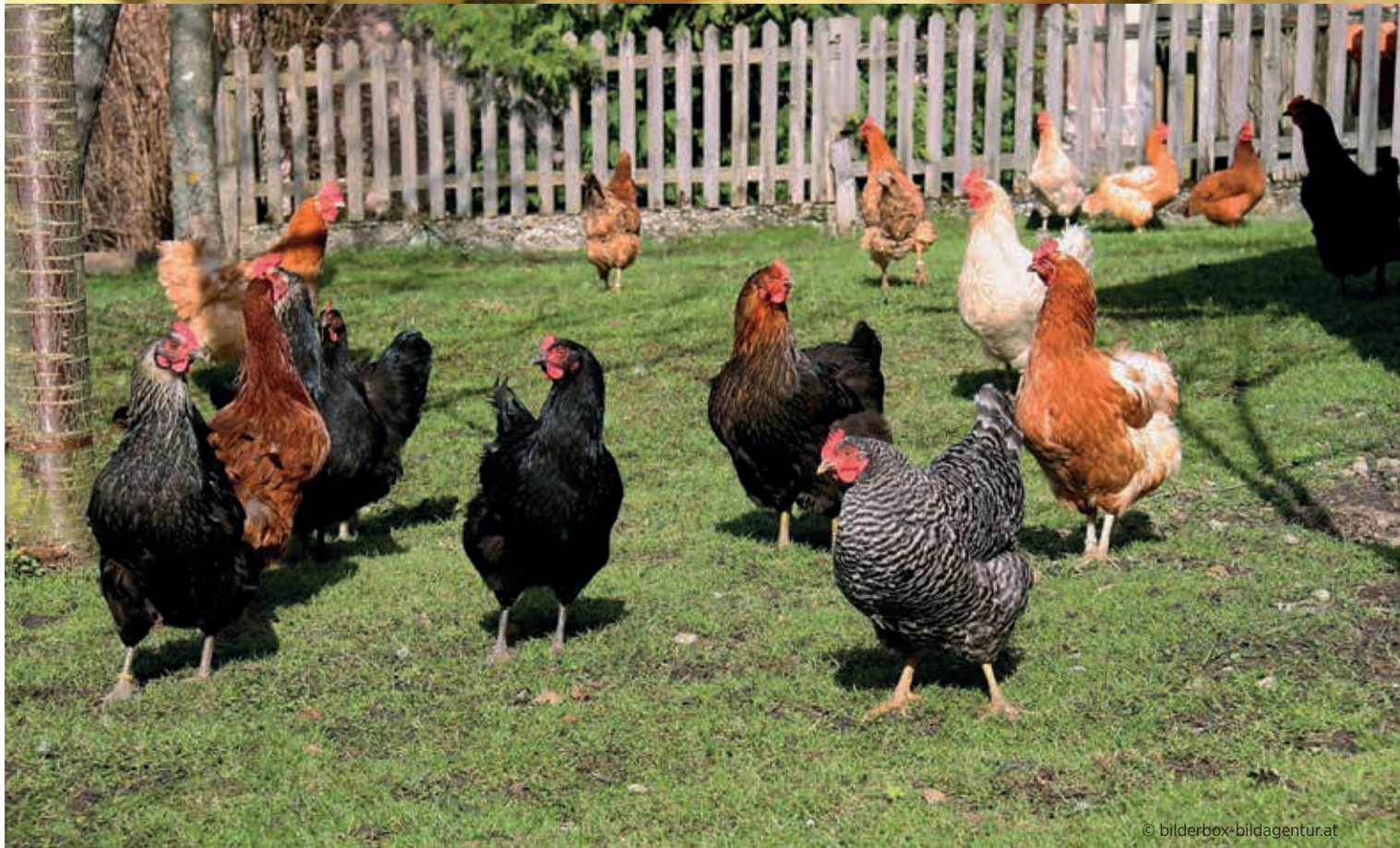
ST. VALENTIN

Gibt es ein Leben

vor dem Schnitzel?



© bilderbox-bildagentur.at



© bilderbox-bildagentur.at



Liebe Valentinerinnen und Valentiner!

Mal angenommen die geplante Hühnermastanlage wird doch nicht an dem vorgesehenen Standort im Siedlungsgebiet errichtet ... kein übermäßiger Gestank und keine befürchteten gesundheitlichen Belastungen für die Anrainer und die Valentiner Bevölkerung? Das ist eine theoretische Frage, denn Informationen dazu gibt es weder für die politischen Mitbewerber noch für die Vertreter der Bürgerinitiative in St. Valentin. Franz Knöbl, der Vorsitzende der BI „Wollen wir nicht“, weiß das aus eigener leidvoller Erfahrung. Viele Versprechungen, aber die Realität ist dann das große Schweigen. Lesen sie dazu das Interview auf der letzten Seite.

Beeindruckend, dass mehr als 2500 Valentinerinnen und Valentiner die Unterschriftenaktion gegen Massentierhaltung unterschrieben haben. Auch die riesige Resonanz aus ganz Österreich mit mehr als 5500 Unterschriften gegen diese Art der Tierhaltung weist in die richtige Richtung.

Werden vielleicht doch keine rund 40.000 Hühner in so eine Anlage einziehen? Weniger Hühner in einer artgerechteren Haltung wo sie sich wirklich bewegen können. Mit Auslauf ins Freie entsprechend ihrem natürlichen Bewegungsdrang. Mit viel Wiese und Scharrflächen, mit Sonnenlicht und einem längeren Leben.

Es sollen doch **glückliche Hühner** werden!

Monika Oberradter
Gemeinderätin und Fraktionsobfrau

SUPERMARKT – WEN ERSCHLÄGT DER TIEFPREISHAMMER?

Der Supermarkt ist das Tor, durch das sich die meisten Menschen in den Industrieländern die Welt auf den Tisch holen. Der Griff ins Supermarktregal ist im Alltag so tief verankert wie kaum eine andere Tätigkeit. Und wie bei allen Dingen, die für uns völlig normal (geworden) sind, stellen wir auch den fast täglichen Gang in den Supermarkt kaum in Frage. Wer schaut im ohnehin stressigen Alltag hinter die glitzernden Sonderangebote, um zu erkennen, welche Welt er oder sie sich mit dem Gang zum Supermarkt wirklich einkauft?

Ein solcher Blick über den Ladentisch ist aber dringend angebracht. Denn die Welt hat sich mit dem globalen Siegeszug der Supermärkte stark verändert. Während bis in die 90er Jahre die Meinung vorherrschte, dass Unternehmen wie Nestlé und Unilever den Lebensmittelmarkt in ihren Händen halten, ist diese Führungsrolle inzwischen auf die Supermärkte übergegangen. Aufgrund enormer Konzentrationsprozesse und Expansionsstrategien stellen sie heute die zentrale Instanz dar, die bestimmt, was wo produziert und wo was konsumiert wird. So hat sich die US-amerikanische Handelskette Walmart zum umsatzstärksten Unternehmen der Welt hochgearbeitet, die Schwarz-Gruppe (Lidl, Kaufland) ist das viertgrößte Unternehmen Deutschlands. In Österreich kontrollieren drei Handelsketten (Rewe, Spar, Hofer) mittlerweile über 87% des Lebensmittelmarktes.

Der aggressive Verdrängungswettbewerb im Lebensmittelhandel wird vor allem auf dem Rücken der ProduzentInnen und ArbeiterInnen entlang der gesamten Wertschöpfungskette ausgetragen. Die Arbeitsbedingungen im Handel und in den Verarbeitungsbetrieben sind sehr oft von unbezahlten Überstunden, Lohndumping, Gewerkschaftsfeindlichkeit und hohem Überwachungsgrad geprägt. Dem Druck,

möglichst hohe Quantität und Qualität zu möglichst niedrigen Preisen zu produzieren, können immer weniger Höfe standhalten. Während die Handelsketten damit im Westen das Modell der Agrarindustrie intensivieren, drohen sie mit ihrer Expansion in die Märkte Osteuropas, Asiens, Lateinamerikas und Afrikas die dortigen Nahrungsmittelsysteme auf den Kopf zu stellen. Sie zerstören lokale Handelsstrukturen ebenso wie die dort oft vorherrschende kleinstrukturierte Landwirtschaft – und damit die Lebensgrundlage von Millionen Menschen.

Über ihre Rolle als Vermittler zwischen Produktion und Konsum hinaus greifen Supermärkte zunehmend steuernd in den gesamten Produktionsprozess ein. Zum einen lassen sie immer mehr Lebensmittel im eigenen Auftrag produzieren oder vermarkten diese unter ihren eigenen Marken: Bei Frischwaren beträgt der Anteil der Handelsmarken in Österreich schon über 50%. Zum anderen etablieren sie immer mehr und neue Qualitätsstandards entlang der gesamten Wertschöpfungskette, mit denen sie ihre Vorstellungen von „guter“ Landwirtschaft auf den Betrieben durchsetzen. Gegenüber den KonsumentInnen versuchen Supermärkte mit dieser „Qualitätspolitik“ die Kritik an der Lebensmittelindustrie zum eigenen Vorteil zu nutzen. Gerade in Österreich haben es die Handelsketten verstanden, sich als Beschützer der violetten Karotte, Bewahrer des kleinbäuerlichen Familienbetriebs und Retter des Weltklimas zu inszenieren.

Doch die soziale und ökologische Bilanz der Dominanz der Supermärkte ist verheerend. Erstens betrifft der Anteil von Bioprodukten entgegen den Werbeversprechen nur einen kleinen Teil der Produktion. Dabei ist es in den letzten Jahrzehnten zu einem Zwei-Klassen-Lebensmittelmarkt gekommen: hochwertige Qualitätsprodukte für

wenige und zahlungskräftige KäuferInnen, billige Massenware für den Rest. Zweitens wird nicht nach den Bedürfnissen der Menschen produziert, sondern nach den Gewinnaussichten der Märkte. Während weltweit mehr als 800 Millionen Menschen an Hunger leiden, entsorgen allein die österreichischen Handelsketten jährlich 110.000 Tonnen Lebensmittel im Müll. Drittens treiben die Handelsketten den Strukturwandel der Landwirtschaft weiter voran. Insbesondere kleine Betriebe haben Schwierigkeiten, sich den ständig neuen Vorgaben der Handelsketten anzupassen. Die Folgen sind eine zunehmende Spezialisierung der Höfe oder deren Aus-

stieg aus der Produktion. Viertens führt die Politik der Handelsketten nicht zu biologischer Vielfalt, sondern zu Einfachheit. Die globalen Vorgaben der Handelsketten verringern die Handlungsspielräume auf Betriebsebene und damit eine Anpassung an lokale Gegebenheiten.

Auch demokratiepolitisch ist der Siegeszug der Supermärkte gefährlich. Wollen wir wirklich, dass einige wenige AkteurInnen die Produktion, den Vertrieb und die Verarbeitung unserer Lebensmittel kontrollieren? Regierungen verweisen darauf, dass die KonsumentInnen mit ihrem Kaufverhalten die Zukunft der Landwirtschaft in der Hand

haben, fördern jedoch mit ihrer Politik gleichzeitig die Vormachtstellung der Handelsketten. Anstatt unsere Stimme an der Supermarktkasse im wahrsten Sinne des Wortes abzugeben, muss es also darum gehen, an wirklichen Alternativen zu arbeiten.

Andreas Grünewald arbeitet für die Fraktion DIE LINKE im deutschen Bundestag im Bereich Entwicklungspolitik.

Dieser Artikel ist Teil der Broschüre „Die Zeit ist reif für Ernährungssouveränität“. Die gesamte Broschüre kann unter verwaltung@attac.at gegen eine freie Spende bestellt werden.

IN DER MINDERUNG LIEGT DIE MEHRUNG (Laotse)

Am Beginn der Bürgerinitiative St. Valentin stand eine Aktion „gegen den Gestank aus dieser Produktionshalle“, 200m entfernt von Wohnsiedlungen. Die Luft angereichert mit gesundheitsschädlichen Bioaerosolen bis ins Stadtgebiet.

Mit der intensiven Auseinandersetzung rund um dieses Thema wurde uns bewusst, dass „artgerechte Tierhaltung“ mit der geplanten Form nichts zu tun hat. *Siehe Kasten rechts.*

Fassungslosigkeit, wie solche Zustände als normal angesehen werden können. Billige Lebensmittel verführen uns zu Maßlosigkeit. Jeder zweite Bürger gilt heute als Übergewichtig und gefährdet damit seine Gesundheit. „Bio vielleicht – aber bitte unbedingt billig“ als Ausrede? Brauchen wir wirklich so viel Fleisch um uns „gesund“ zu ernähren oder finden wir einen Mittelweg? Wir denken die Zeit ist reif für ein Umdenken, ein Nachdenken. Die enorme Beteiligung an der so kurzfristig ins Leben gerufenen Unterschriftenaktion spricht eine deutliche Sprache! Ignorieren geht da nicht mehr! Von der BI St. Valentin wurden viele Aktivitäten gesetzt – nachzulesen unter www.wollen-wir-nicht.at. Nachdenken bevor wir einkaufen und Qualität vor Quantität stellen – „In der

Minderung liegt die Mehrung“. Ein MEHR an Gesundheit und Lebensqualität für uns, unsere Kinder und Enkelkinder. Letztendlich haben wir es in der Hand – was wir nicht kaufen wird auch nicht erzeugt!

Eine engagierte Leserin

Obwohl sich die Betreiber solcher Anlagen damit rühmen, dass der Standard in Österreich höher ist als in der restlichen EU (33kg Huhn pro m²), entspricht dies immer noch einer Anzahl von 18 Hühnern (30 kg pro m²) – ohne Auslauf! Dafür mit künstlich verlängerter Lichtphase um die Hühner zum Fressen anzuregen, damit sie im Rekordtempo (35 Tage) bis zu 2,5 kg an Gewicht erreichen, wie Prof. Jörg Hartung im Film „Was kostet ein Hähnchen“ anschaulich erklärt. Ein „fertiges“ Huhn hat somit ungefähr den Platz einer DIN A4-Seite zur Verfügung und ist kaum mehr in der Lage sich zu bewegen. Und das für einen Ertrag – lt. o. a. Film – von 10–20 Cent pro Huhn!

FLEISCHKONSUM

Entscheidend ist das richtige Maß

Offenbar ist man immer noch der Meinung, ein Hühnermastbetrieb ist das Richtige für die Zukunft von St. Valentin. Mehr als 90% des heute so beliebten und billigen Fleisches stammen aus der Intensivtierhaltung. In der agrarindustriellen Haltung werden die Tiere als Produktionsmittel gesehen, so wie z. B. Ersatzteile.

Gesunde Menschen mit gesunder Ernährung bringen der Wirtschaft kaum Gewinn. Der übertriebene Fleischkonsum kann lt. ärztlichen Aussagen zu Herzerkrankungen, Entzündungen von Blutgefäßen, Allergien und Diabetes führen. „Täglich Fleisch und tierisches Eiweiß machen stark und gesund“ – das ist ein Märchen!

Der massive Fleischkonsum führt zum Klimawandel, Artensterben, Schädigung von Böden, Grundwasser und der Luft. Getreide und Hülsenfrüchte wachsen nicht mehr für die Menschen, sondern es wird zu Futtermittel verarbeitet – während weltweit Menschen hungern. Die Hoffnung besteht, dass immer mehr Menschen sich der Probleme und der Dringlichkeit bewusst werden und Veränderung dringend nötig ist.

Franz Knöbl



INTERVIEW VON BETTINA LANGENFELDER

Gespräch mit Franz Knöbl, Initiator der Bürgerinitiative St. Valentin „Wollen wir nicht“ gegen Massentierhaltung.

G: Lieber Franz Knöbl! Wie viele Unterschriften hat die Bürgerinitiative nun letztendlich in St. Valentin erhalten?

FK: Es ist unbeschreiblich und beeindruckend, welchen Zuspruch wir, die BI St. Valentin „Gegen Massentierhaltung“, täglich noch immer erhalten. Das Ergebnis der Unterschriftensammelaktion ist die sagenhafte Anzahl von 2.400 Unterschriften in St. Valentin, die gesamte Zahl liegt über 5.500 Unterschriften. Ich kann mich im Namen der Bürgerinitiative von St. Valentin nur bedanken, das haben wir niemals zu hoffen gewagt.

G: Was ist das Hauptanliegen der Bürgerinitiative? Am Anfang schien es ja so, als würde es vor allem um das Verhindern der Geruchsbelästigung durch die Masthuhnanlage gehen.

FK: Die Hauptthemen unserer Initiative sind: Tierwohl, Gesundheitsrisiken, steigende Geruchsbelästigung und Siedlungsentwicklung. Das ist den Menschen von St. Valentin nicht egal. Mit jeder dieser Unterstützungserklärungen wollen sie etwas bewegen und die Entwicklung unserer Stadt auch aktiv mitgestalten. Als einer der Initiatoren der Bürgerinitiative stelle ich mir vor, dass jede einzelne Unterschrift in unserer Demokratie ein Weckruf zum Handeln für die gewählten Vertreter sein sollte. Fakt bis dato ist, dass es für die gesammelten Unterschriften keinen Abnehmer aus der regionalen Politik gibt.

G: Soll das bedeuten, dass die Stadtgemeinde auf die vielen Unterschriften bisher nicht reagiert hat?

FK: Bisher gab es einen runden Tisch und einige Gespräche mit den Betreibern der geplanten Masthuhnanlage. Und, ja, es gibt Gesetze und Richtlinien die unsere gewählten Vertreter definierten und mit ihrer Stimme gestalteten und entschieden

haben. Gleichzeitig setzt die Ausgangssituation aber nicht voraus, dass mit 25% wahlberechtigter Unterstützung aus St. Valentin – alles beim Alten bleiben muss! Trotz einer Zusage der Unterstützung für die Inhalte der Bürgerinitiative, fühlen wir uns von der regierenden Stadtpolitik im Stich gelassen!

G: Wie ist denn nun der Stand der Dinge? Konnte die Bürgerinitiative etwas bewegen?

FK: Eine detaillierte Information zu den Gesprächen und Inhalten der Gemeinde mit dem Bauwerber kann ich Ihnen nicht geben, da wir als Bürgerinitiative nicht offiziell informiert und eingebunden werden.

G: Was will die Bürgerinitiative zum jetzigen Zeitpunkt? Wäre eine Verlegung des Standortes eine gangbare Lösung für Euch?

FK: Wichtig für die Bürgerinitiative ist es und war es vom ersten Tag der Gründung, die Kommunikation zu suchen, zu transportieren, Sachverhalte zu diskutieren und in der Folge die Unterstützer zu informieren. Das haben wir auch mit der Organisation zu dem Diskussionsabend mit NRBg. Markus Vogl/SPÖ, Stadtpolitik, Bauwerber, Landwirte und Gewerbetreibende bewiesen. Zur Lösung des Anliegens braucht es mutige Entscheidungen – im Tierwohl – in der Siedlungsentwicklung und im regionalen Einkauf der täglichen Nahrungsmittel, das ist entscheidend für unser soziales und ökologisches Zusammenleben und die Gesundheit jedes einzelnen Bürgers heute und in der Zukunft.

G: Werden wir auch in naher Zukunft noch etwas von der Bürgerinitiative hören?

FK: Wir als Bürgerinitiative blicken in die Zukunft von St. Valentin und möchten diese auch mit jeder einzelnen Unterstützungserklärung mitgestalten und auch die Verantwortung übernehmen.

G: Lieber Franz, vielen Dank für das Gespräch!



v.l.n.r.: Franz Knöbl, Lauren Pointner, Dr.ⁱⁿ Madeleine Petrovic, GR Monika Oberradter, Dr. Hubert Niedermayr, Karl Schwaiger bei der Pressekonferenz am 21. April 2018

Impressum: M., H. und V.: Die Grünen St. Valentin, Kirchdorf 26, 4300 St. Valentin · Information der Grünen über das Geschehen in St. Valentin

Redaktion: PhDr.ⁱⁿ Monika Oberradter, MSc., Mag.^a Bettina Langenfelder · Druck: PEHA Medien GmbH · klimaschonend gedruckt auf 100% chlorfrei gebleichtem Papier

Layout: Der Pixelhase, Fotos: privat, bilderbox-bildagentur.at

Kontakt: Die Grünen St. Valentin, PhDr.ⁱⁿ Monika Oberradter, MSc., Kirchdorf 26, 4300 St. Valentin, Tel.: 0664 4333849, E-Mail: oberradter@liwest.at